

## „Minuszins ist nicht mehr in weiter Ferne“

Die Vorstände der Bremischen Volksbank über Probleme mit der EZB-Politik und Fusionen mit anderen Instituten

### Ulf Brothuhn

ist seit 2009 Vorstandsvorsitzender der Bremischen Volksbank. Zuvor war er Vorstand bei der Volksbank Helmstedt.

### Detlev Herrmann

ist Vorstand der Bremischen Volksbank.

**Die Europäische Zentralbank (EZB) und die amerikanische Notenbank Fed haben den Leitzins erneut nicht erhöht. Wie lange wird die Niedrigzinspolitik noch anhalten?**

**Ulf Brothuhn:** Lange. Die obersten Notenbanker sind im Beisein von glaubwürdigen Quellen danach gefragt worden. Laut Bundesbankpräsident Jens Weidmann sagt EZB-Chef Mario Draghi, bis die südeuropäischen Staaten ihre reformpolitischen Hausaufgaben gemacht haben. Wenn man sich die wirtschaftliche Entwicklung in Europa und weltweit anschaut, fehlt jegliche Wachstumsdynamik. Ohne sie sehen wir auch keine Inflation und Zinsschritte.

**Detlev Herrmann:** Wir werden zu einer neuen Normalität kommen. Das Zinsniveau und die Wachstumsdynamik vergangener Zeiten werden wir in unserer Karriere nicht mehr erleben. Das, was jetzt ist, ist aber keine Normalität. Keiner von uns hat im volkswirtschaftlichen Studium gelernt, wie damit umzugehen ist.

**Ist die Branche ratlos gegenüber den radikalen Umbrüchen?**

**Brothuhn:** Ich würde von machtlos sprechen, was gewisse Entwicklungen angeht. Wir haben keinen Einfluss darauf, in welchem Maß wir reguliert werden oder Mario Draghi die Zinsen weiter senkt. Das gepaart mit der Digitalisierung ist eine Ausgangssituation, die die ganze Branche vor riesige Herausforderungen stellt.

**Wie trifft die Politik Sie als Volksbank im Speziellen?**

**Herrmann:** Die Regulatorik trifft uns in erster Linie. Wir brauchen drei bis vier zusätzliche Mitarbeiter, um melderechtliche Anforderungen zu erfüllen. Zig Daten von Kreditnehmern müssen zukünftig aufgenommen werden. Initiativen setzen sich deshalb dafür ein, dass Erleichterungen für kleine Banken geschaffen werden. Dafür hat die EZB bisher wenig Verständnis gezeigt, weil sie die Besonderheiten des deutschen Bankensystems nicht ganz versteht.

**Sie denken also nicht, dass die Bemühungen fruchten werden?**

**Brothuhn:** Nein. In Gesprächen mit Politikern hört man das zwischen den Zeilen. Wenn sie überhaupt Verständnis haben, fällt es ihnen schwer, in Brüssel die Besonderheit des Systems zu übersetzen. Das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen, weil Sparkassen und Volksbanken Stabilisator in der Finanzkrise waren. Es ist irreführend. Es gibt gefühlt jeden Tag eine neue Verordnung.

**Herr Brothuhn, vor einigen Monaten schlossen Sie Negativzinsen für Privatkunden nicht aus. Die Entwicklung hat sich verschärft. Banken zahlen für Einlagen, die sie bei der EZB parken, mittlerweile 0,4 Prozent. Wann führen Sie Negativzinsen für Guthaben ein?**

**Herrmann:** Wir bekommen mittlerweile so viele Geldzuflüsse, dass wir in diese Situation kommen werden. Wir sind gerade in Überlegungen, wie man das machen kann und ab welchem Betrag.

**Brothuhn:** Wir bekommen auch deshalb viel Geld, weil die ersten Mitbewerber in Bremen inzwischen bei Firmenkunden Negativzinsen nehmen.

**Um welche Beträge geht es denn?**

**Brothuhn:** Da wollen wir keine Zahl nennen. Das betrifft aber zunächst zu 95 Prozent Firmen oder institutionelle Kunden. Die normalen Sparer mit Negativzinsen zu versehen, können wir uns aktuell nicht vorstellen. Aber das können wir langfristig nicht ganz ausschließen.

**Wann sollen die Negativzinsen kommen?**

**Herrmann:** Wir arbeiten derzeit an einem Konzept, werden aber versuchen, dem Kunden auch Alternativen anzubieten. Es ist in



Ulf Brothuhn (links) und Detlev Herrmann von der Bremischen Volksbank wünschen sich, dass sie mit einer Volksbank aus der Region fusionieren können. FOTO: CHRISTINA KUHAUPT

nicht mehr weiter Ferne. Die Minuszinsberechnung funktioniert derzeit aber in unserem Rechenzentrum noch gar nicht automatisiert – wir könnten uns das eben alle nicht vorstellen.

**In Zahlen gesprochen: Wie viel verlieren Sie im Jahr durch die EZB-Politik?**

**Brothuhn:** Das geht in Richtung drei Millionen Euro, wenn man die Margen dazurechnet, die wir vorher verdient haben.

**Herrmann:** Unser Jahresergebnis halten wir trotzdem bei vier bis fünf Millionen Euro vor Steuern. Das zeigt schon, dass wir an anderen Stellen kompensieren, etwa durch Gebühren. Die Banken haben vor zehn Jahren einen Riesenfehler gemacht, als sie massiv kostenlose Konten anboten. Denn im Prinzip ist unsere Kernleistung ja das Konto.

**Werden Ihre Kontogebühren noch anziehen?**

**Brothuhn:** Wir können mittelfristig auch hier nichts ausschließen. Wir müssen uns fragen, wie der Ertragsverlust ausgeglichen werden kann. Gebühren und Provisionen sind eine Möglichkeit, Kreditwachstum oder alternative Anlageformen weitere. Größere Einheiten sind ein wichtiges Thema. Wir würden uns das immer noch wünschen. Aber sie können keine Braut zum Heiraten zwingen, wenn sie das nicht will.

**Die Zahl der Fusionen wird in Zukunft steigen. Ist das etwas, über das Sie aufgrund der Situation noch verstärkt nachdenken müssen?**

**Herrmann:** Wir denken permanent daran.

**Brothuhn:** Wir fangen an, uns anzunähern. Natürlich ist es immer ein Schritt, eine Fusion einzugehen. Das wird eine Veränderung bedeuten – auch für die, die Entscheidungen treffen.

**Herrmann:** Wir sind als Stadtbank in einer anderen Situation als die niedersächsischen Nachbarn. Die Kulturen müssen zusammenwachsen. Dafür braucht es Zeit. Wir sind grundsätzlich mit allem im Gespräch. Die Frage ist: Was ist in Zukunft die richtige Größe, um Regionalität und Kundennähe auszustrahlen und gleichzeitig betriebswirtschaftlich kraftvoll agieren zu können? Das ist der Spagat.

**Viele Banken schließen derzeit Filialen. Sie haben in Ihren Hauptsitz an der Domsheide gerade investiert, aber auch gesagt, dass ein Neubau wirtschaftlich nicht zu vertreten gewesen sei.**

**Brothuhn:** In diesem Gebäude hätten wir aber auch nicht mehr Fläche bekommen, als wir es jetzt haben. Eigentlich sogar noch weniger. Wir wären nur Ankermieter gewesen. Das ist jetzt unser Bau. Ich glaube, da haben wir Verantwortungsbewusstsein gezeigt – der Bank gegenüber und auch Bremen, weil wir etwas geschaffen haben, was den Standort aufwertet.

**Noch sind die Arbeiten nicht abgeschlossen. Wie hoch werden die Kosten am Ende sein?**

**Herrmann:** Circa 6,5 Millionen Euro. Was uns ärgert, ist, dass wir noch nicht fertig sind. Aber das hat mit Überraschungen während der Bauphase und Genehmigungen zu tun. Und damit, dass wir hier im laufenden Betrieb sind. Ende des Jahres haben wir es aber geschafft.

**Brothuhn:** Die Investition ist ein Bekenntnis zum Filialgeschäft. Parallel bauen wir in Obermeuland ein neues Wohn- und Geschäftshaus, in das unsere Filiale dann einzieht. Das heißt aber nicht, dass wir es für falsch halten, wenn Filialen geschlossen werden. Die Volksbank hat in den 90er-Jahren ihr Netz radikal zusammengedampft. Damals gab es mehr als 20 Standorte, heute sind es sieben.

**Haben Sie in den vergangenen Jahren Filialen geschlossen?**

**Herrmann:** Nein, wir sind heute für eine Volksbank recht schlank aufgestellt.

**Brothuhn:** Die Standorte sollen bleiben. Wir beschäftigen uns eher mit der Frage, warum kommt jemand in die Filiale? Was erwartet er dort? Wir glauben, dass die Kunden möchten, dass dort Beratungsgespräche stattfinden. Wir ermitteln gerade, zu welchen Zeiten das passieren muss. Und wir untersuchen, wie digitale Medien an diesem Punkt unterstützen können. Videoberatung, Chat – ob das kommt, wann das kommt, wissen wir noch nicht.

**Wie sieht die Filiale der Zukunft aus, wenn es nach den Wünschen der Kunden geht?**

**Brothuhn:** Das kann sich ein Banker immer schwer vorstellen. Ich persönlich brauche gar keine Filiale, weil ich alles online erledige. Mein Wunsch wäre, meinen Berater über Facetime und Skype zu erreichen. Das bin aber nur ich, Ulf Brothuhn. Meine Eltern gehen dagegen gerne in die Filiale. So unterschiedlich wir Menschen sind, so unterschiedlich sind auch die Kundenerwartungen. Die Digitalisierung halten wir in gewisser Hinsicht für einen Hype. Die digitalen Möglichkeiten werden bleiben, aber es wird keine komplette Umstellung geben.

**Herrmann:** Wir müssen für alle etwas anbieten. Beratung zu grundsätzlichen Entscheidungen wird es aber immer im persönlichen Gespräch geben.

**Sie feiern im Dezember das 90-jährige Bestehen der Volksbank. Welchen Wunsch haben Sie zum Geburtstag?**

**Herrmann:** Ich wünsche mir, dass wir unseren Umbau dann fertiggestellt haben und alle Mitarbeiter und Eigentümer stolz darauf sind.

**Brothuhn:** Und ich wünsche mir, dass in der Zukunft eine Braut Ja sagt.

Das Gespräch führte Lisa Boekhoff.

## Tausendundein Geldkoffer

Trotz Lockerung der Sanktionen kommt das Geschäft mit dem Iran nicht so recht in Schwung / Auch Bremer Unternehmen müssen ihre Erwartungen herunterschrauben

VON PHILIPP JAKLIN

**Bremen/Teheran.** Es hätte das letzte Gespräch seiner Reise sein sollen. Anderthalb Tage verbrachte Sigmar Gabriel im Iran, traf dabei Wirtschaftsvertreter, Politiker, betätigte sich als Türöffner für deutsche Investoren. Doch den Termin mit Parlamentspräsident Ali Laridschani sagte die iranische Seite in letzter Minute ab – ohne offizielle Begründung. Die inoffizielle: ein Interview, in dem der SPD-Politiker zuvor darauf geachtet hatte, Teheran müsse das Existenzrecht Israels anerkennen. So kam es noch kurz vor dem Rückflug zum Affront.

Das sagt viel über den Stand der neuen deutsch-iranischen Annäherung. Zwar versprechen sich deutsche Unternehmen weiterhin viel von der zweitgrößten Volkswirtschaft im Nahen Osten – einem Land mit 80 Millionen Einwohnern, das nach jahrelan-

ger Isolation gewaltigen Nachholbedarf hat etwa in der Ölindustrie oder im Maschinenbau. Doch politisch bleibt der Iran höchst heikles Terrain, was in den vergangenen Monaten verhindert hat, dass eine Renaissance des Außenhandels mit dem Land deutschen Exporteuren wieder in großem Stil lukrative Aufträge beschert.

„Ein wesentliches Handelshemmnis sind weiterhin die Exportkontrollen der USA“, sagt Torsten Grünewald von der Handelskammer Bremen. Weil die amerikanischen Sanktionen weiter gelten, wickeln europäische und deutsche Großbanken nach wie vor keine Transaktionen mit dem Iran ab – aus Angst vor Schwierigkeiten mit den US-Behörden. Die Folge: Wer mit Iranern Geschäfte machen will, muss im Extremfall Geldkoffer auf den Weg schicken. „Es gibt nur sehr wenige Banken, die Iran-Geschäfte tätigen“, sagt Grünewald.

Nach Zahlen des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) erreichte der Außenhandel mit dem Iran von Januar bis Juli 2016 rund 1,5 Milliarden Euro. Das ist, verglichen mit dem Jahr davor, ein Plus von acht Prozent. Aber eben doch ein überschaubarer Zuwachs, wenn man bedenkt, dass das Land mehr als zehn Jahre lang vom Weltmarkt abgeschnitten war. Zu den Unternehmen, die bereits Großaufträge aus dem Iran verbuchen könnten, gehört Airbus. Insgesamt 118 Flugzeuge hat das Land bestellt, die ersten 17 sollen bis März 2017 ausgeliefert werden – mit Zustimmung der US-Exportkontrollbehörde.

Das Interesse an deutsch-iranischen Geschäften sei nach wie vor groß und zuletzt sogar noch gestiegen, sagt Handelskammer-



Sigmar Gabriel in Teheran. FOTO: DPA

Experte Grünewald. Allerdings seien auch Monate nach einer Delegationsreise Bremer Unternehmer in den Iran lediglich einige kleinere Abschlüsse vor allem im Logistikgeschäft festzustellen. Im Februar hatte die Delegation zahlreiche Gespräche in Teheran und Isfahan geführt, iranische Gäste kamen im August zum Gegenbesuch in die Hansestadt. „Auf iranischer Seite gibt es sicherlich eine gewisse Ernüchterung“, sagt Grünewald. „Man hatte gehofft, das Geschäft schneller ankurbeln zu können.“

Immerhin können deutsche Firmen Iran-Geschäfte inzwischen wieder mit Hermesbürgschaften absichern. Seit die Islamische Republik Altschulden beglichen hat, kann der Staat einspringen, wenn ein Partner sei-

## Verspätungen durch Tuifly-Turbulenzen

Auch Air Berlin betroffen

VON RALF KRÜGER UND NICO ANDEL

**Hannover.** Geduldsprobe beim Start in den Herbsturlaub: Für viele Fluggäste der Gesellschaften Tuifly und Air Berlin hat die Reise auch am Dienstag vereinzelt mit stundenlangen Verspätungen begonnen. Tuifly begründete die Beeinträchtigungen des Flugbetriebs mit kurzfristigen Krankmeldungen ihrer Flugzeugbesatzungen. Es habe Verspätungen gegeben. „Rund 70 Prozent aller Flüge konnten jedoch pünktlich durchgeführt werden“, teilte die Airline mit.

Die Crew-Engpässe bei Tuifly führten auch beim Partner Air Berlin zu Verspätungen und Streichungen. „Flugausfall heißt aber nicht, dass die Fluggäste nicht an ihr Ziel kommen – wir bemühen uns um Ersatz“, sagte eine Airline-Sprecherin.

Als Hintergrund der Turbulenzen werden der tief greifende Umbau der hoch verschuldeten Air Berlin und damit einhergehende Veränderungen bei Tuifly gesehen – ein Drittel der Tui-Flotte fliegt samt Besatzung für Air Berlin. Am Freitagabend war bekannt geworden, dass Tuifly in eine neue Dachholding mit einer anderen Airline integriert werden soll. Arbeitnehmervertreter fürchten Job-Verluste – am Tuifly-Sitz in Hannover gab es daher nach Angaben des Betriebsrats am Dienstag „Krisensitzungen“, zu denen am Nachmittag Tuifly-Aufsichtsratschef Henrik Homann erwartet wurde.

Homann hatte die Mitarbeiter nach einer Aufsichtsratsitzung am Freitagabend über geplante Veränderungen unterrichtet, wonach die Airline in einem neuen Verbund aufgehen könnte. An der vom Air-Berlin-Aktionär Etihad und einem dritten Partner gehaltenen Holding hätten die Hannoveraner dann nach Medienberichten einen Anteil von 25 Prozent – sie würden nur noch die Abnahme eines bestimmten Anteils der Flüge garantieren.

Ein Arbeitnehmer-Krisenstab, der sich daraufhin gebildet hatte, kündigte Widerstand gegen die Pläne des Konzerns an. „Das werden wir so nicht hinnehmen, da ist das letzte Wort noch nicht gesprochen“, sagte Betriebsratschefin Karin Grobecker. Die Mitbestimmungsgremien seien von den Plänen des Managements überrascht worden.

Die Crew-Engpässe seien keine Aktion des Krisenstabs. „Aber die Betroffenheit unter dem fliegenden Personal ist groß – dass sich einige da nicht wohl und fit zum Fliegen fühlen, war zu erwarten“, so Grobecker. Sorge bereitet ihr auch die Frage, wer künftig an der zu bildenden Dach-Holding neben Etihad und Tuifly als dritter Partner die verbleibende 50-Prozent-Beteiligung übernimmt. Zudem glaubt sie nicht an eine Garantie des bisherigen Tarifgefüges für die Tuifly-Belegschaft. Die Piloten-Vereinigung Cockpit wie auch die Gewerkschaft Verdi sehen das ähnlich.

## Quandt weiterhin reichste Deutsche

**Hamburg/Frankfurt.** Die Industriefamilie Quandt behauptet nach Berechnungen des „Manager Magazins“ ihren Spitzenplatz als reichste in Deutschland. Die BMW-Großaktionäre – die Geschwister Stefan Quandt und Susanne Klatten – kommen der Schätzung zufolge auf ein Vermögen von 30 Milliarden Euro, wie das „Manager Magazin“ berichtet. Auf Platz zwei folgt danach die Familie Reimann mit geschätzten 29 Milliarden Euro. Die früheren Eigentümer des Ludwigshafener Chemiekonzerns Benckiser hätten ihr Vermögen durch Übernahmen insbesondere im Geschäft mit Kaffee erfolgreich vermehrt. Die Reimanns verdrängten nach Berechnungen des Magazins Georg und Maria-Elisabeth Schaeffler, Eigentümer des gleichnamigen Wälzlagerherstellers und Großaktionäre beim Autzulieferer Continental, auf Platz drei. Mutter und Sohn kommen danach auf ein geschätztes Vermögen von 21,5 Milliarden Euro. Das „Manager Magazin“ bewertet und schätzt nach eigenen Angaben die Aktienpakete, die Unternehmensbeteiligungen sowie öffentlich bekannte Vermögenswerte. DPA